

Zwischen den zwei Iranen werden die Weichen gestellt Rückblick auf die Präsidentschaftswahlen und Ausblick

Christian Funke

Anfang des Jahres schien eine Wiederwahl Hasan Rohanis keine ausgemachte Sache zu sein: Zwar hatte seit 1981 noch jeder iranische Präsident eine zweite Amtszeit absolviert und außer Rohani war kein chancenreicher Bewerber in Sicht, doch offenbart ein Blick auf Wahlen in Iran zugleich, dass Rohanis Wiederwahl keineswegs als selbstverständlich gelten konnte, haben sich Wahlen in Iran doch stets Prognosen gegenüber als widerspenstig erwiesen. Auch hing ein großes Fragezeichen über der wirtschaftlichen Lage des Landes. Einer Umfrage des *Center for International and Security Studies at Maryland* (CISSM) zufolge stieg die Tendenz, die wirtschaftliche Entwicklung seit 2013 negativ zu bewerten in dem Maße wie das Vertrauen in die Implementierung des *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA) sinkt.¹ Alles in allem durften die Wahlen mit Spannung erwartet werden, denn trotz der Erfolge Rohanis bei der Bekämpfung der Inflation, die bei seinem Amtsantritt noch bei 39 Prozent lag und nun neun Prozent erreichte, trotz der positiven Entwicklungen im Tourismussektor, bei ausländischen Direktinvestitionen und bei der Rohölproduktion, stieg auch die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen.² So verglich Ebrahim Raisi, der im April als Hauptkonkurrent Rohanis bei den Wahlen hervortrat, den JCPOA mit einem Scheck, den Rohani nicht einzulösen vermochte.³ Damit war bereits ein Hauptthema der bevorstehenden Wahlen gesetzt, das hier an späterer Stelle behandelt wird. Zuvor lohnt jedoch ein Blick auf die Bedeutung von Wahlen in der Islamischen Republik.

Kontext: Wahlen im politischen System der Islamischen Republik Iran

Die Islamische Republik Iran versteht sich als eine »religiöse Demokratie« (*mardomsalari-ye dini*). Das Adjektiv islamisch wird dabei nicht als einschränkend verstanden, sondern als Korrektur gegenüber der »liberalen Demokratie des Westens«, der zahlreiche Mängel attestiert werden. So seien etwa Wahlen in den Vereinigten Staaten lediglich von zwei Parteien dominiert und durch von finsternen Mächten betriebene Praktiken wie dem Gerrymandering sei das amerikanische Elektorat zugleich seiner eigenen Stimme beraubt. Vor allem aber hätten die liberalen Demokratien Korruption, Dekadenz, Imperialismus und Genozid produziert. Die islamische Demokratie hingegen qualifiziere sich durch Fairness, Transparenz, Rechtschaffenheit und Kandidatenpluralität. Mit dieser knappen und verkürzten Beschreibung des Selbstbildes der islamischen Demokratie ist bereits ein Terrain betreten, in dem in gewisser Weise eine politikwissenschaftliche Grundfrage bezüglich des iranischen Systems gestellt ist, nämlich ob und inwieweit die Islamische Republik

¹ Ebrahim Mohseni, Nancy Gallagher und Clay Ramsay, *Iranian Public Opinion: One Year after the Nuclear Deal*, Juli 2016, Center for International and Security Studies at Maryland, URL: <http://www.ciissm.umd.edu/sites/default/files/IranianPOOneYearAfter-FINAL-071316.pdf>. Sämtliche URLs wurden zuletzt am 22. Juli 2017 geprüft.

² Garret Nada, »The Race: It's the Economy, Stupid«, in: *The Iran Primer*, 8. Mai 2017, <http://iranprimer.usip.org/blog/2017/may/08/race-it-s-economy-stupid>.

³ Tabnak, »Raʿīsi: Āek-e barġām rā naqd mī-konam« [Raisi: Ich werde den JCPOA-Scheck einlösen], in: *Tabnak*, 6. Mai 2017, <http://www.tabnak.ir/fa/news/691453/می-چک-بر-جام-را-انقد-می-کنم>.

tatsächlich demokratische Elemente aufweist. Auf der einen Seite stehen solche Positionen, die demokratische Prozesse, die sich in der Wahl des Parlamentes, des Präsidenten und Teile des Expertenrates manifestieren, als demokratisch bezeichnen, deren Qualität allerdings durch die Ernennung von Parallelinstitutionen durch den Revolutionsführer eingeschränkt wird. Auf der anderen Seite sind Stimmen zu verzeichnen, die aufgrund dieser starken Selektion und Kontrolle der Kandidaten für Präsidentschafts-, Parlaments- und Expertenratswahlen die demokratische Natur des Systems insgesamt negieren und von einer Pseudo- bzw. Scheindemokratie sprechen.⁴ Nimmt man die seit 2009 verstärkt im Raum stehenden Vorwürfe massiver Wahlfälschung hinzu, kompliziert sich die Frage nach der iranischen Demokratie weiter. Neben formellen existieren ferner informelle Strukturen, die sich entlang politischer Flügel ausdifferenzieren und die eigentlichen politischen Organe in den Schatten stellen. Walter Posch hält gleichwohl fest:

Der wichtigste Unterschied zwischen dem Iran und anderen autoritären Staaten der Region besteht in der breiten Fächerung seiner politischen Elite, die deutlich über das Potential jener Regime hinausgeht, die sich nur auf Stämme, Religionsgruppen oder Ein-Parteien-System stützen.⁵

Dabei unterscheidet die Elite zwischen den »eigenen Leuten« (*chodi*) und den »Außenstehenden« (*ghbeyr-e chodi*), wobei dieses Schema auf System-Insider einerseits und die außerhalb des Systems stehenden Bürger zutrifft, zugleich jedoch auch zwischen den politischen Flügeln Anwendung findet. Die »eigenen Leute« zu versorgen, nimmt unter den rentenwirtschaftlichen Vorbedingungen der Ölwirtschafts Irans eine zentrale Rolle in der politischen Arena ein. Die Präsidentschaft des Zentristen Rohanis kann somit auch als ein Versuch gesehen werden, die nach 2009 marginalisierten politischen Eliten durch klientelistische Teilhabe zu reintegrieren, und mit dem Versuch Ahmadinedschads, ein prinzipalistisches Macht- und Wirtschaftsmonopol aufzubauen, kontrastiert werden.

Um die Beziehung zwischen Systemanhängern und den außenstehenden Bürgerinnen und Bürgern zu beschreiben, lohnt ein Blick auf das Paradigma der »zwei Irane« des iranisch-französischen Soziologen Farhad Khosrokhavar. Er konstatiert, dass die Gesellschaft Irans zwischen einer Minderheit von Konservativen – laut Khosrokhavar etwa zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung⁶ – und dem Rest der Gesellschaft in »zwei Irane« geteilt sei. Die Minderheit unterstütze die konservative Politik und das System aus zwei Gründen: Erstens wegen ihrer Furcht vor den Auswirkungen der Moderne, wozu Khosrokhavar die Emanzipation von Frauen, sexuelle Selbstbestimmung und Säkularisierung zählt, und zweitens aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen. Die

⁴ Ali Fathollah-Nejad, »Kritik der Iran-Analysen unter Präsident Rohani: Von Dämonisierung zu Glorifizierung«, in: Oliver Ernst (ed.), *Iran-Reader 2017, Beiträge zum Deutsch-Iranischen Kulturdialog*, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2017, 7–17, 10–11. URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_49042-544-1-30.pdf?170530103740.

⁵ Posch, »Ahmadinedschad und die Prinzipalisten«, 5.

⁶ Diese Schätzung ist sehr zurückhaltend. Ervand Abrahamian schätzt die feste Basis des konservativen Flügels anhand der Wahlergebnisse von 2003 bis 2005 auf etwa ein Viertel der iranischen Bevölkerung. (Abrahamian, *A History of Modern Iran*, Cambridge et al.: Cambridge University, 2008, 193.) Auch Sadegh Charazi – ein wichtiger politischer Verbündeter Chatamis – machte vor den Wahlen von 2009 die Rechnung auf, dass Mahmud Ahmadinedschad auf einen festen Kern von etwa zehn bis zwölf Millionen Unterstützer bauen könne, was bei ungefähr 46 Millionen Wahlberechtigten ebenfalls etwa 25 Prozent aller potentiellen Wähler ergibt. Siehe: Hooman Majd, *The Ayatollahs' Democracy, An Iranian Challenge*, London et al.: Penguin Books, 2010, 108.

Minderheit sei im Gegensatz zum Rest der Gesellschaft in Institutionen wie den Basidsch, den Revolutionsgarden und islamischen Stiftungen gut organisiert und werde zugleich durch sie kontrolliert. Die Mehrheit der Gesellschaft lehne das System hingegen mit unterschiedlicher Intensität ab und sei sehr heterogen.⁷ Auch wenn der Reformflügel, der von 1997 bis 2005 mit Mohammad Chatami den Präsidenten stellte, freilich ebenfalls darum bemüht ist, die »eigenen Leute« zu versorgen, schlägt er doch auch eine Brücke zu den außenstehenden Bürgerinnen und Bürgern, die sich Konzepten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft, politischer Partizipation und Bürgerrechten verpflichtet sehen. So sind sie Teil des Systems und seiner Grundlagen, streiten jedoch mit den Konservativen über dessen tatsächliche Ausgestaltung. So ist die eingangs angerissene Diskussion, inwiefern die als demokratisch bezeichneten Elemente der Islamischen Republik nun tatsächlich demokratisch sind, auch im iranischen Diskurs nicht abgeschlossen, sondern ein zentrales und wiederkehrendes Thema der politischen und gesellschaftlichen Prozesse und Diskurse Irans.

Wahlen dienen in diesem Kontext auch als Instrument die außenstehende Mehrheit temporär in das politische Gefüge zu integrieren bzw. zu reintegrieren. Zugleich sind Wahlen innerhalb ihres eingeschränkten Rahmens dynamisch und nicht zuletzt auch ein Moment, in denen Wählerinnen und Wähler ihre eigenen Interessen formen, artikulieren und einfordern können. Dadurch entsteht ein gegenseitiges Geben und Nehmen, das – abgesehen von 2009 – die Islamische Republik durch Wahlen stabilisiert und legitimiert. Bei einem genauen Blick ist diese Legitimierung jedoch von höchst ungleichem Wert, entspringt sie doch meist nicht reiner Überzeugung, sondern der Logik des geringeren Übels – sowohl mikroskopisch und kontextuell (Rohani statt Raisi) als auch makroskopisch und ideell (Reformen statt Revolution und »Regime Change«). So zeigen die Bilder von Wahlkampf und Wahntag stets selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die über den Rahmen des alltäglich Möglichen hinausgehen und im vollen Selbstbewusstsein ihrer Rechte und Potentiale ein Mehr an politischer Partizipation einfordern und ihre Vorstellungen eines besseren Iran zum Ausdruck bringen. Dabei spielt auch die Dynamik des Momentes eine wichtige Rolle, so dass nach Wahlen vielerorts wieder Frustration und Ablehnung einkehren. Somit unterstützen Wahlen paradoxerweise die demokratischen und die antidemokratischen Strukturen und Akteure der Islamischen Republik zugleich.

Wahlen und neue Medien

Soziale Medien spielten bei den diesjährigen Wahlen eine wichtige Rolle für die Verbreitung von Bildern, Stimmungen und Meinungen. In den vergangenen drei Jahren hat dabei die Messaging App *Telegram* die Rolle eingenommen, die sich früher *Weblogs* und *Facebook* teilten. In der Chatami-Zeit waren es noch Zeitungen, die im Begriff waren, eine öffentliche Sphäre im recht eigentlichen Sinne zu bilden. Sie wurden jedoch bald von einer massiven Zensur- und Verbotschwelle durch die von Konservativen dominierten Institutionen getroffen. So löste die Schließung der Zeitschrift *Salam* die Studentenproteste von 1999 aus. Ganze Redaktionen wechselten von einer Zeitung zur nächsten und mit ihnen die Leserschaft. Dies war auch insofern bedeutsam, als Zeitungen quasi die Rolle von Parteien

⁷ Farhad Khosrokhavar, »The Green Movement in Iran: Democratization and Secularization from Below«, in: Ramin Jahanbegloo (ed.), *Civil Society and Democracy in Iran*, (Global Encounters: Studies in Comparative Political Theory), Lanham et al.: Lexington Book, 2012, 39–77, 59–62.

einnahmen, indem sie bestimmten politischen Flügeln und Personen zugeordnet werden konnten. Bis 2002 waren mehr als 80 Printmedien verboten worden und viele von ihnen erstanden als Weblogs wieder auf.⁸ Zeitlich etwa parallel zum Amtsantritt Ahmadinedschads, unter dem sich die Zensur massiv ausweitete, wurden mit *Facebook* (2004), *YouTube* (2005) und *Twitter* (2006) komplementäre und kompensatorische Kanäle einer iranischen (Gegen-)Öffentlichkeit geschaffen, deren Rolle für die Meinungsbildung häufig überschätzt wurde.⁹ Zudem bedienten sich freilich nicht nur reformistische und fundamentaloppositionelle Gruppen, sondern auch staatliche Akteure selbst der neuen Medien.¹⁰ Mit dem Wechsel auf sozialmediale Plattformen wurden nicht bloß die Message in einem neuem Medium formuliert; die neuen Kommunikationskanäle bedingten auch eine neue Informationskultur. Politische Telegram-Kanäle wie »*Mamlekate*« zeichnen sich überwiegend durch Kurznachrichten aus, meist aus einem Bild mit einer knappen Bildunterschrift, Infographiken, Crosspostings auf andere Kanäle oder kurze Videos, in denen Kernaussagen oder kontroverse Bestandteile von politischen Reden oder Heiteres dargeboten werden.¹¹ Somit ist zu erklären, warum sich Marginalien des Wahlkampfes leicht in vorexistente Stimmungslagen und politische Gefühle einpflanzen lassen: Sie bestätigen – ohne gezwungen zu sein, den jeweiligen Kontext zu reflektieren – das eigene Weltbild und Ethos. Auch Tabuthemen, wie etwa die Rolle Raisis bei den Massenhinrichtungen des Jahres 1988, oder *personae non gratae*, wie Chatami und Musawi, konnten in Telegram-Kanälen zu bestimmenden Themen werden. Der Wechsel des Mediums ist zugleich verschränkt mit einer Haltung, die die affektive Bestätigung des eigenen Ethos vor politisches Engagement stellt. Dabei stammt der Stoff, aus dem die Telegram-Kanäle ihre Meinungen und Stimmungen weben, meist aus externen Quellen, denn bei aller Wichtigkeit der neuen Medien kann nicht übersehen werden, dass die wichtigsten medialen Ereignisse die drei TV-Debatten zwischen allen sechs Kandidaten waren. Sie wurden am 28. April, 5. Mai und 12. Mai vom iranischen Staatsfernsehen ausgestrahlt und vielfach auch im Internet verfolgt.

Kandidaten und Themen

In Iran sind Wahlperioden verhältnismäßig kurz. Zwischen dem 11. und 15. April 2017 konnten sich potentielle Kandidaten beim Innenministerium registrieren. Hiervon machten mehr als 1600 Individuen Gebrauch – rund ein Zehntel davon Frauen, die jedoch stets disqualifiziert wurden. Bereits fünf Tage später, am 20. April, veröffentlichte der Wächter die Namen der sechs zugelassenen Kandidaten. Für den Wahlkampf stand somit ab dem 21.

⁸ Annabelle Sreberny und Gholam Khiabany, *Blogistan: The Internet and Politics in Iran*, (International Library of Iranian Studies; 18), London und New York, I.B. Tauris, 2010, 162-163.

⁹ Siehe etwa: Golnaz Esfandiary, »The Twitter Devolution«, in: *Foreign Policy*, 7. Juni 2010, URL: <http://foreignpolicy.com/2010/06/08/the-twitter-devolution>.

¹⁰ Dies ist nur ein scheinbares Paradoxon. So wenden sich *Twitter* und *Facebook*, die in Iran beide nicht ohne den Einsatz von technischen Hilfsmittel verfügbar sind, zum einen auch an Ausländer und zum anderen ist es der iranischen Staatsführung bewusst, dass keine komplette Zensur durchgesetzt werden kann. So ist es besser, diejenigen zu erreichen, die die Zensur mit Proxies, VPN-Netzwerken usw. umgehen und gleichzeitig durch das Verbot die eigenen Anhänger vom Gesamtinternet abzuschirmen. *Instagram* und *Telegram* sind in Iran verfügbar, jedoch wurden sporadisch die Betreiber von Telegram-Kanälen festgenommen.

¹¹ Der Kanal hat im Juli 2017 circa 350.000 Abonnenten. URL: <https://t.me/mamlekate>.

April ein Monat Zeit bis zum Wahltag am 19. Mai zur Verfügung. Wie üblich wurden die Aussagen von prominenten Politikern jedoch bereits vor dem offiziellen Beginn der Wahlperiode orakelhaft im Blickfeld der interessierten Öffentlichkeit seziert.¹² Die vier wichtigsten der sechs¹³ vom Wächterrat gebilligten Kandidaten waren:

Der Amtsinhaber: Hasan Rohani

Rohani beschrieb seine Agenda mit den Schlagworten Kontinuität und Mäßigung einerseits sowie Bürgerrechte und Herrschaft des Gesetzes andererseits. In der Bürgerrechtscharta, die auf der präsidialen Webseite zur Verfügung steht,¹⁴ werden auf Grundlage der Verfassung und der Gesetze, Rechte wie das Recht auf Leben, der Austausch von Meinungen, Versammlungsfreiheit, medizinische Versorgung etc. garantiert. Dabei besitzt die Charta keinen offiziellen Charakter, sondern ist eine Absichtserklärung, die wohl auch bezweckt, in die Gesellschaft zu sprechen und durch die Zivilgesellschaft unterstützt zu werden. Rohani ging auch auf die in der iranischen Öffentlichkeit immer virulenter diskutierten Umweltprobleme ein, die besonders durch die Sandstürme im Ahwas und die Austrocknung des Urmiasees symbolisiert werden. Er verknüpfte diese Frage mit dem Ausbau der Selbstständigkeit der Provinzen und tritt damit Vorwürfen entgegen, die von ethnischen Minderheiten bewohnte Peripherie würden von der von Persern dominierten Zentrale vernachlässigt.¹⁵

Das bestimmende Thema von Rohanis Agenda bestand jedoch in der Wirtschaft. Rohani setzt dabei vor allem auf in- und ausländische Investitionen und eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ausländischen Banken und Unternehmen. So sprach er in den Fernsehduellen von der Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Öffnung: Sofern Iran acht Prozent ökonomisches Wachstum erreichen wolle, seien ausländische Investitionen notwendig. Dabei kritisierte er die wirtschaftlichen Versprechungen seiner Konkurrenten als unrealistisch und sprach sich gegen mehr direkte Transferleistungen aus, hätten diese in der Vergangenheit doch die Inflation befeuert. Gleichzeitig verwies er darauf,

¹² Insbesondere Mahmud Ahmadinedschads Aktivitäten zogen die Aufmerksamkeit auf sich. In abendlichen Vorträgen und als kulturellen Aktivitäten deklarierten Reisen durch Stadt und Land, die per SMS und *Telegram* seinen Anhängern angekündigt wurden, agitierte der ehemalige Präsident gegen die Regierung. Diese vermöge es trotz des Nuklearabkommens nicht, über die eingefrorenen auf amerikanischen Konten liegenden iranischen Gelder zu verfügen. Wenn also vieles darauf hindeutete, dass Ahmadinedschad auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur hinarbeitete und damit wohl der Hauptgegner Rohanis geworden wäre, konnte doch aufgrund des öffentlich ausgesprochenen Wunsches Chameneis, dass er eine Kandidatur Ahmadinedschads nicht wünsche, seine Disqualifizierung nicht überraschen. Dass er sich dennoch der Weisung Chameneis widersetze, die zwar rechtlich nicht bindend war, aber faktisch einen hohen Stellenwert besitzt, kann nur mit der Chuzpe Ahmadinedschads in Verbindungen gebracht werden. Walter Posch argumentiert, dass Ahmadinedschad damit wohl *nolens volens* die Autorität der iranischen Institutionen gegenüber dem Revolutionsführer gestärkt habe. Walter Posch, »Iran Under Ruhani's Second Term: From Reelection to the Qatar Crisis«, in: *IFK Monitor International*, Juli 2017, [1].

¹³ Die verbliebenen beiden Kandidaten, Mostafa Haschemitaba und Mostafa Mir-Salim, verbindet es, dass sie eher unbekannt Politiker sind, die in vorausgegangenen Administrationen eher periphere Posten bekleidet haben. Haschemitaba trat wie auch Rohani für mehr ausländische Investitionen ein und betonte die Notwendigkeit die Umwelt zu schützen. Auch wenn er offiziell nicht von seiner Kandidatur zurücktrat und am 19. Mai 0,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, rief er dazu auf, Rohani zu unterstützen.

¹⁴ URL: <http://rouhani.ir/files/CitizensRights.pdf>.

¹⁵ Dies schließt auch die Verwendung der Sprachen von ethnischen Minderheiten, wie das Kurdische, im Unterricht mit ein.

dass die Empfänger indirekter Transferleistungen, etwa im Gesundheitswesen, stark angestiegen sei. Rohani brach auch ein Tabu und kritisierte die Revolutionsgarden. So beanstandete Rohani nicht nur, dass diese, indem sie antiisraelische Slogans auf ihre Raketen schrieben, versucht hätten, die Nuklearverhandlungen zu sabotieren, sondern auch, dass ihre Interessen stark mit den religiösen Stiftungen verknüpft sind, die durch Raisi personifiziert werden. Wer eine bessere wirtschaftliche Lage wolle, so Rohani, dürfe man sie nicht in die Hände von militärischen und politischen Institutionen geben. Bürgerrechte und wirtschaftlicher Aufschwung werden somit miteinander verknüpft. Nur hat Rohani bisher keine umfassende politische Strategie vorgeführt, wie er seine Vorhaben gegen den Widerstand der Nutznießer des Status quo in die Praxis überführen will.

Der charismatische Flügelmann: Eschagh Dschahangiri

Sekundiert wurde Rohani von seinem Ersten Vizepräsidenten¹⁶ Eschagh Dschahangiri. Dieser war Minister unter Chatami und politisch auch mit Rafsandschani und Musawi verbunden. Als er seinen Hut in den Ring des Präsidentschaftsrennens warf, war Beobachtern klar, dass er lediglich als Unterstützer Rohanis auftreten würde – oder aber als Ersatzmann, falls Rohani durch den Wächterrat disqualifiziert werden würde. Im Internet wurde Eschagh Dschahangiri wegen seiner klaren Sprache und scharfen Angriffe auf die Gegner der Regierung während der TV-Debatten als »S-hagh« gefeiert, als politischer Supermann, der seinen Präsidenten rhetorisch in den Schatten stellte. Nach der dritten und letzten TV-Debatte zog er seine Kandidatur zugunsten Rohanis zurück – und hat sich zugleich für die nächsten Präsidentschaftswahlen in eine ausgezeichnete Stellung gebracht.

Das populistische Chamäleon: Mohammad-Baqer Qalibaf

Mohammad-Baqer Qalibaf ist seit 2009 Bürgermeister Teherans und erklärte 2017 seine dritte Präsidentschaftskandidatur.¹⁷ Auch wenn er aus seinen Ambitionen nie einen Hehl gemacht hatte, kam der Schritt doch auch überraschend, hatte doch Anfang 2017 der mehrere Todesopfer fordernde Einsturz des PLASCO-Gebäudes im Herzen Teherans – für den er als Bürgermeister mitverantwortlich gemacht wurde – sein Ansehen stark beschädigt. Qalibaf wird den moderaten Konservativen zugerechnet und fällt durch seine enorme politische Flexibilität auf, die zuweilen als opportunistisches und letztlich inhaltsloses Machstreben gesehen wurde.¹⁸ Die amtierende Regierung bezeichnete er als die »Regierung der vier Prozent«, die die restlichen 96 Prozent der Bevölkerung wie Blutsauger ausbeuteten. Damit knüpfte er an das bei iranischen Präsidentschaftswahlkämpfen bisher eigentlich erfolgreiche Motiv eines Kämpfers gegen ein diffus definiertes »Establishment« an, mit dem auch Ahmadinedschad (»Macht der tausend Familien«) punkten konnte (und in gewisser Weise auch Rohani 2013). Qalibafs Taktik verfiel jedoch nicht, sondern traf auf eine

¹⁶ Der Erste Vizepräsident leitet in Abwesenheit des Präsidenten Kabinettsitzungen und hat nach der Abschaffung des Amtes des Premierministers im Jahre 1989 exekutive Aufgaben inne. Dschahangiri führte auch die Untersuchungen gegen Korruption an, die letztlich so erfolgreich waren, dass er im Parlament angegangen wurde und Rohani einen Vorwand finden musste, seine Wienreise abzusagen, um dem stark unter Beschuss gekommenen Dschahangiri zur Hilfe zu kommen. Walter Posch, »Iran Under Ruhani's Second Term: From Reelection to the Qatar Crisis«, in: *IFK Monitor International*, Juli 2017, [2].

¹⁷ 2013 erlangte er mit gut 16 Prozent der Stimmen weit abgeschlagen den zweiten Platz.

¹⁸ Saeid Jafari, »Why Tehran's Mayor Just Can't Seem to Win Over Iranian Voters«, in: *Al-Monitor*, 16. Mai 2017, URL: <http://www.al-monitor.com/pulse/en/originals/2017/05/iran-ghalibaf-tehran-mayor-third-bid-president-office.html>

Stimmung, die ihn als Nachahmer Bernie Sanders und der *Occupy Wall Street*-Bewegung der Lächerlichkeit preisgab. Qalibaf behauptete zudem, Rohani habe versprochen vier Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Von Rohani der Lüge bezichtigt, hielt Qalibaf daraufhin einen Ausdruck von Rohanis Webseite in die Fernsehkameras. Dieses Vorgehen weckte bei vielen Zuschauern Erinnerungen an das Auftreten Ahmadinedschads im Fernsehduell mit Mir-Hossein Musawi im Jahre 2009, dessen Frau Ahmadinedschad mit Hilfe von Dokumenten zu diskreditieren bestrebt war. Nachdem Eschagh Dschahangiri Qalibaf vor laufender Kamera mit Korruptionsvorwürfen überzog und regelrecht demontierte, zog letzterer nach dem dritten und letzten TV-Duell seine Kandidatur zurück und erklärte, fortan Ebrahim Raisi zu unterstützen. Zugleich kann davon ausgegangen werden, dass ein nicht unbedeutender Teil seiner potentiellen Wähler schlussendlich für Rohani stimmte, da Qalibaf auch in der konservativen Mittelklasse populär ist, die jedoch von Raisis Rhetorik abgeschreckt gewesen sein dürfte.

Der konservative Joker: Ebrahim Raisi

Ebrahim Raisi war seit 1981 im iranischen Justizapparat tätig, zunächst in mittleren Positionen, seit 2004 als stellvertretender Chefjustitiar und seit 2014 als Generalstaatsanwalt. Seit 2006 ist Raisi außerdem Mitglied des Expertenrates, der den Revolutionsführer wählt. Am 7. März wurde Raisi nach dem Tod Ajatollah Abbas Vaes-Tabbasi (1935–2016) Vorsitzender des *Astan-e Ghods-e Razavi*, Irans größter religiöser Stiftung, die den Schrein des achten Emams in der ostiranischen Stadt Maschhad verwaltet und ein weitverzweigtes Wirtschaftsimperium kontrolliert. Mit Maschhad ist Raisi bereits durch seine Geburt in einem Dorf nahe der heiligen Stadt und durch seinen Schwiegervater Ajatollah Ahmad Alam ol-Hoda verbunden, der Imam des Freitagsgebetes der Stadt ist. Alam ol-Hoda sprach sich 2016 für das Verbot eines Konzertes der Stadt Maschhad aus, als mit einer Reihe von Konzertverboten der Druck auf Rohani und seinen Kulturminister erhöht wurde. Auch wenn Raisi im März bekundete, sich voll auf seine neuen Aufgaben konzentrieren zu wollen, erklärte er im April dennoch für die diesjährigen Präsidentschaftswahlen zu kandidieren.¹⁹ Raisi wurde als Favorit Chameneis – der ebenfalls eng mit der Stadt Maschhad verbunden ist – und der Revolutionsgarden wahrgenommen und ließ sich in seiner Kampagne auch so darstellen. So besuchten unter großem Interesse der Medien hochrangige Generäle der Garde Raisi im Imam-Resa-Schrein. Chamenei hielt sich, wie auch in den Jahren zuvor, mit Äußerungen über einen Favoriten zurück.

Raisis Kampagne baute vor allem auf dem Versprechen auf, direkte Transferleistungen an die Armen zu verdreifachen, den Wohnungsmarkt zu entspannen. Zugleich kritisierte Raisi Rohani dafür, keine wirtschaftliche Rendite aus dem JCPOA erzielt zu haben, bezeichnete die Regierung als korrupt und als für die stagnierende wirtschaftliche Gesamtsituation verantwortlich. Rohani warf Raisi im Gegenzug vor, das, was allen Iranern gehört, nämlich die institutionellen und finanziellen Ressourcen des *Astan-e Ghods-e Razavi*, für seine Kampagne zu missbrauchen. In Telegram-Kanälen wurden daraufhin auch zahlreiche Bilder geteilt, die angeblich finanzielle Zuwendungen in Form von Geldgeschenken und

¹⁹ Farideh Farhi, »Iran's Conservatives Lose a Presidential Election and More«, in: *LobeLog*, 22. Mai 2017, <https://lobelog.com/irans-conservatives-lose-a-presidential-election-and-more>.

Dienstleistungen belegen sollen.²⁰ Ein Blick in die Telegram-Kanäle zeigte auch, dass Raisis Rolle bei den Massenhinrichtungen von 1988 zu einem bestimmenden Thema geriet. So benannten Tonbandaufnahmen, die im August 2016 veröffentlicht wurden, Raisi als einen der vier Hauptverantwortlichen. Auch seine Wahrnehmung als Favorit Chameneis konnte Raisi bei weiten Teilen der iranischen Wählerinnen und Wähler eher schaden als nützen – woran auch ein Treffen Raisis mit dem iranischen Rapper Amir Tatalu, was wohl als Geste an jugendliche Wählerinnen und Wähler gedacht war, nichts mehr ändern konnte.²¹

Zusammenfassung

Bei den drei TV-Debatten wie auch im sonstigen Wahlkampf dominierten die Verteidigung und die Anfechtungen von Bilanzen, Plänen und Vorstellungen zur iranischen Wirtschaft. Dabei trafen zwei Modelle aufeinander: Während Rohani, Dschahangiri und Haschemi Taba den Kurs der Regierung verteidigten und auf indirekte Subventionen, relativen Freihandel und Kooperation mit ausländischen Unternehmen und Banken setzen, vertraten vor allem Raisi und Qalibaf eine Linie, die stärkere direkte Transferleistungen an die Armen auszuhändigen verspricht und dabei auch protektionistische Elemente enthielt.

Das Wahlergebnis

Nachdem die Schließung der Wahllokale mehrfach bis Mitternacht verlängert worden war, zeichnete sich nach ersten Hochrechnungen ein deutlicher Sieg Rohanis ab. Mit 23.636.652 abgegebenen Stimmen (57,14 Prozent) lag er klar vor Raisi, der 15.835.794 (38,28 Prozent) auf sich vereinen konnte. Noch nach den ungültigen Stimmen (1.200.931) lagen Mir-Salim (478.267) und Hashemi Taba (214.441) weit abgeschlagen. Die Wahlbeteiligung stieg leicht von 72,71 auf 73,33 Prozent – jedoch waren seit den Wahlen von 2013 etwa vier Millionen junge Bürgerinnen und Bürger erstmalig stimmberechtigt geworden. So konnte Rohani in Vergleich zu 2013 knapp fünf Millionen Stimmen hinzugewinnen.²² Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass Rohani insbesondere in Teheran und den Provinzen mit großen Minderheitsbevölkerungsanteilen wie Aserbaidshan oder Sistan und Belutschistan stark abschnitt. Raisi hingegen konnte sowohl in seiner Heimatprovinz Chorasán und im persischen Gürtel um Teheran die meisten Wählerstimmen gewinnen. Im Ausland gewann Raisi die meisten Stimmen in Syrien, im Irak und im Libanon, während Rohani die zumeist deutliche Mehrheit in allen anderen Ländern einführte.²³ Für die Regierung Rohani gibt es somit ein klares Mandat. In seiner Siegesrede interpretierte er die Abstimmung dann auch als eindeutiges Zeichen,

²⁰ Hier zeigt sich auch die Möglichkeit der Einflussnahme staatlicher Akteure in »zivilgesellschaftlichen« Medien, gerade dann wenn die Bilder und ihre Urheber nicht immer zweifelsfrei identifiziert werden können und dennoch soziale Fakten zu schaffen vermögen.

²¹ Holly Dagres, »This Young Iranian Rapper May Have Cost Raisi the Presidency«, in: *Al-Monitor*, 1. Juni 2017, URL: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/05/iran-raisi-tataloo-tatalee-election-race-endorsement-rapper.html>.

²² Ahmadinedschad reichten 2005 bei einer Wahlbeteiligung von 59 Prozent gut 17 Millionen Stimmen für ein Ergebnis von knapp 62 Prozent.

²³ Lediglich in Nordkorea kam es zu einer Pattsituation von sechs zu sechs Stimmen, was in der iranischen Botschaft in Pjöngjang vielleicht zu heiteren Momenten und Diskussionen geführt hat.

Konsequenzen und Ausblick

Chamenei und die aufmüpfige Exekutive

Seit Chomeinis Tod traten in der zweiten Amtszeit eines Präsidenten stets Spannungen zwischen dem Revolutionsführer und den jeweiligen Präsidenten hervor. Die anfangs guten Beziehungen zwischen Chamenei und Rafsandschani (1989–1997) trübten sich stark ein, nachdem Rafsandschani wirtschaftspolitische Reformen nach chinesischem Modell ins Spiel brachte. So sollten Subventionen für Grundnahrungsmittel und fossile Brennstoffe sowie für klerikale Institutionen gekürzt werden. Während letztere unter staatliche Kontrolle gebracht werden sollten, sollten vormals verstaatliche Betriebe wieder privatisiert werden. Chamenei und das Establishment lehnten vor allem jedoch Rafsandschanis Vorschlag ab, ausländische und exiliranische Investoren nach Iran zu bringen und sie in *joint ventures* zu beteiligen.²⁴ In das Zentrum des Konfliktes zwischen Chamenei und Chatami (1997–2005) gerieten Liberalisierungen der Kulturpolitik und politische Reformen, die darauf abzielten die iranische Zivilgesellschaft (*dschame-ye madani*) zu stärken. Ahmadinedschad (2005–2013) fiel schließlich nach den umstrittenen Wahlen von 2009 in Ungnade, nicht jedoch etwa wegen der Wahlen selbst, sondern aufgrund seiner Ambitionen, die Macht des Präsidenten zuungunsten des Revolutionsführers und des Klerus zu stärken. Während auch Chatami und das Reformlerlager eine verhältnismäßige Stärkung des Präsidenten anstrebten, sollte dies vor allem durch das Elektorat und eine Stärkung des Parlaments und stärkere Demokratisierung – wie etwa durch die eingeführten Wahlen auf kommunaler Ebene – geschehen. Ahmadinedschad hingegen gerierte sich als Volkstribun, der an die Stelle von Wahlvolk und Wahlen, Plebs und Plebiszit zu setzen strebte.

Es treten nun Konturen hervor, dass sich auch zwischen Rohani und Chamenei stärkere Spannungen anbahnen. Rohani artikulierte politische Elemente seines Vorgängers Rafsandschani in der Wirtschaftspolitik und seines Vorgängers Chatami in Sachen politischer Reform und Bürgerrechtscharta. Die wirtschaftlichen Vorstellungen wurden bereits skizziert und dabei sollte nicht übersehen werden, dass ausländische Investitionen nicht eine sich zwangsläufig aus dem Ende der Sanktionen ergebende und quasi notwendige Folge sind, sondern auch eine politische Richtungsentscheidung darstellen, die die wichtige Grundsatzfrage berührt, ob wirtschaftlicher Aufschwung durch Zusammenarbeit und Handel mit dem Ausland oder die Stärkung von wirtschaftlicher Eigenständigkeit und staatlichen Produktionsanreizen erreicht werden kann. Diese Frage berührt in letzter Konsequenz nicht nur die Wirtschaft, sondern ist mit kulturellen Themen verknüpft, die mit der Öffnung des Landes für ausländische Investitionen und Zusammenarbeit zusammenhängt.

Nach den Wahlen kritisierte Chamenei Rohani für die ausbleibenden Erfolge in der Wirtschaftspolitik. In einer Ansprache in Anwesenheit des frisch gewählten Präsidenten verspottete ihn der Revolutionsführer mit den Worten:

Wir hatten viele Gespräche über diese Fragen (der Wirtschaft). Der Herr Präsident hat auch in seinen Reden sehr umfassend über wirtschaftliche Angelegenheiten gesprochen und die Arbeiten, die man fertigbringen muss. Gut, natürlich hat er Dinge erwähnt, man müsse dies

²⁴ Ervand Abrahamian, *A History of Modern Iran*, Cambridge et al: Cambridge University, 2008, 184–185.

machen, man müsse jenes machen. Aber wer ist denn der Angesprochene dieses Machenmüssens? Er selbst! [Gelächter im Publikum] Also dieses Machenmüssen muss niemand außer Herrn Dr. Rohani selbst [...] fertigbringen.²⁵

Dabei darf bezüglich der Position des Revolutionsführers nicht übersehen werden, dass es schon während der Verhandlungsrunden Irans mit den P5+1 Chameneis Strategie war, eine Position zu formulieren, die einerseits die Verhandlungen ermöglichte, gleichzeitig aber im Falle ihres Scheiterns den Präsidenten in die Verantwortung nehmen zu können und es auch ermöglichte, die Verhandlungen jederzeit zu beenden. Auch mit seiner Forderung Arbeitsplätze zu schaffen und die Produktion anzukurbeln, nimmt Chamenei Rohani in die Pflicht, ohne jedoch direkte Vorgaben zu geben. Scheitert Rohani, dann scheitert er ganz, gelingt ihm sein Vorhaben, so hat ihn Chamenei daran seinen Anteil per Aufforderung. So sichert sich Chamenei vor allem die Macht, die Kompromisse zu moderieren und in seinem Sinne auszugestalten. Gleichzeitig schränkt er die Macht Rohanis ein, dessen klares Mandat aber sein Selbstbewusstsein und seine Position gestärkt hat. Eine Richtungsentscheidung ist damit jedoch noch nicht getroffen. Chamenei ist flexibel genug, um das, was funktioniert, vorsichtig auszuprobieren.

Dahingegen sind die roten Linien im Bereich der Kulturpolitik klar definiert. Chamenei griff kurz vor den Wahlen die Politik Rohanis direkt an. Der Stein des Anstoßes waren die Leitlinien der »2030 Agenda for Sustainable Development« der UNESCO. Chamenei betonte in Bezug auf das Dokument, dass nicht der (korrupte) Westen, sondern (der islamische) Iran seine Maßstäbe selbst setzten müsse und öffnete dadurch die Tür für weitere Kritik, die besonders Rohanis Konkurrenten Raisi und Qalibaf in die Hände spielte.²⁶ Doch damit nicht genug, in einer Ansprache vor Studenten verglich Chamenei Rohani nach den Wahlen indirekt mit dem ersten Präsidenten der Islamischen Republik, Abolhasan Bani-Sadr. Dieser habe das Land in zwei Lager gespalten und nun müsse Rohani darauf achten, dass ihm nicht dasselbe Schicksal wie Bani-Sadr ereile, der ins französische Exil flüchtete. Das Topos der Spaltung (*schekaf*) markiert im iranischen Politikdiskurs die Vorstufe zum Endkreis der Verdammnis und wurde direkt am Qods-Tag aufgegriffen, als ein Mob in Anwesenheit des Präsidenten »Rohani, Banisadr, Glückwunsch zu eurer Vereinigung!«, »Nieder mit den amerikanischen Pfaffen« und »Nieder mit den Heuchlern« skandierte.²⁷

²⁵ »[Mā] *baḥs-bā-ye ziyādī dar īn zamīne kardīm. Āqā-ye reʿīs-ġombūr ham šohbatesūn mofāṣal [komplett] pardābtand be masāle-ye eqteṣād va kār-bā-ye ke bāyad anġām begīre. ḥob albatte īšūn mavāredī rō zekr kardand ke īn kār bāyad beše, īn kār bāyad beše. mohāṭabe īn bāyad hā kie? ḥod-e īšūn. Yaʿnī īn bāyad-bā rō hič kas ġeyr-e az ḥod-e āqā-ye doktor Rowḥānī [...] anġām bedand [...].« IranianTVChannel, »Tamašhorr Rowḥānī tavasoṭ-e Ḥāmeneʿī va ḥande-ye ḥożār dar ġalase-e eftarī!/pūzḥand Šādeq Lārīġānī!« [Verspottung Rohanis durch Chamenei und das der Lachen der Anwesenden bei einer Sitzung zum Fastenbrechen!//Grinsen Sadegh Laridschanis!], *YouTube*, 13. Juni 2017, <https://youtu.be/og454RxweDo>*

²⁶ Zahra Alipour, »Teaching of Gender Equality Sparks Infighting in Iran«, in: *Al-Monitor*, 7. Juni 2017, URL: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/06/iran-unesco-2030-education-plan-rouhani-criticism.html#ixzz4nOkyH7n8>.

²⁷ IranianTVChannel, »Film-e montašer šode az šōʿar-e ʿaleyb-e Ḥasan Rowḥānī va ʿAlī Moṭaḥḥarī dar rūz-e Qods/Banī-Šadr Rowḥānī peyvandetan mobārak« [Ausgestrahlte Filme der Slogans gegen Hasan Rohani und Ali Motahhari am Qods-Tag/Banisadr, Rohani, Glückwunsch zu Eurer Vereinigung], *YouTube*, 23. Juni 2017, URL: <https://youtu.be/V73WQ-stQ2c>. Chamenei sprach zuvor im Zusammenhang mit dem Doppelanschlag in Teheran davon, dass die Sicherheitskräfte »nach eigenem Ermessen schießen« sollten, wenn das Land bedroht ist. Dies wurde vielfach im Sinne einer *carte blanche* für Hesbollahis und Basidischis interpretiert, die gemäß dem Prinzip »Das Rechte gebieten, das Schlechte verbieten« immer

Rohani argumentiert mit der massiven Unterstützung an der Urne und betont somit seinen politischen Gestaltungsauftrag und die Geltung seiner Legitimation durch Wahlen. Damit knüpft er zugleich an eine seit der Chatami-Ära unter den Eliten virulent geführte Debatte an, die auch das Verständnis vom Amt des Revolutionsführers ins Auge nimmt. So vertreten Kleriker wie Ahmad Chatami, Ahmad Dschannati und Mohammad-Taqi Mesbah-Yasdi die Auffassung, die Legitimität (*maschru'iat*) des Obersten Rechtsgelehrten (*vali-je faqih*) sei von seiner Akzeptabilität (*maqbuliat*) zu trennen.²⁸ Somit seien Wahlen für die Legitimität des Obersten Rechtsgelehrten irrelevant und auch Gesetze schöpften ihre Kraft letztlich nicht aus parlamentarischen Verfahren, sondern durch die Sanktionierung des Führers.²⁹ Häufig argumentieren die Vertreter dieser Auffassung, dass auch Ali b. Abi Talib legitimer Imam gewesen sei, auch wenn seine Herrschaft zunächst von den ersten drei Kalifen usurpiert worden sei, wie es auch bei den folgenden Imamen zum Regelfall geriet. Im Gegensatz dazu verschränken Reformintellektuelle Legitimität und Akzeptabilität, die gleichsam zu einer Hauptachse von Demokratisierung und der Förderung der Zivilgesellschaft erklärt wird.³⁰ Auch Rohani geht in einer Ansprache zum Fastenbrechen in Teheran auf Imam Ali ein:

Der Anführer der Gläubigen [Ali] kannte als Basis für seine Herrschaft und seine Regierung die Sicht und die Wahl des Volkes. [...] Er sagte: Jedem Menschen, den ihr alle als euren Herrscher und Gemeinschaftsführer wählt, unterwerfe ich mich auch. Und das vernehme ich und übe es aus.³¹

Rohani schließt an, dass Wahlen weder westlichem Denken entsprungen noch ein Geschenk der Europäer nach der Renaissance gewesen seien, sondern auf islamischen Grundsätzen beruhten. Der Fortgang der Debatte wird Auswirkungen nicht nur auf die zweite Amtszeit Rohanis, sondern auch auf die Nachfolge Chameneis zeitigen. Es geht um die Grundsatzfrage, wie das Verhältnis von *vox populi* und *vox dei* im iranischen Politikdiskurs und Machtrahmen bestellt sein wird und welche Rechte iranische Bürgerinnen und Bürger in diesem Gefüge haben werden.

Bei den beschriebenen Beispielen handelt es sich um ergebnisoffene Auseinandersetzungen. Die erfolgten Parteinahmen und der Fortgang der öffentlichen Aushandlungsprozesse werden auch als Parameter für Erfolg und Misserfolg der involvierten Politiker moduliert und festgesetzt werden und sind somit keine bloße Scheindebatte, sondern mit hohen

wieder auch Reformer angriffen. Siehe auch: Moḥsen Kadivar, »*Āteš be eḫtīār*« [Feuer nach eigenem Ermessen], 8. Juni 2017, URL: <http://kadivar.com/?p=16033>.

²⁸ Luhmann definiert Legitimität – im Gegensatz zu normativ-präskriptiven Legitimitätsbegriffen, die also immer eine objektive Anerkennungswürdigkeit implizieren – »als generalisierte Bereitschaft, inhaltlich noch unbestimmte Entscheidungen innerhalb gewisser Toleranzgrenzen hinzunehmen.« (Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, 3. Aufl., 28.) In diesem Verständnis ist Legitimität keine Eigenschaft eines Herrschers, sondern eine Übereinkunft. Nun entspricht das Verständnis von Legitimität (*maschru'iat*) der iranischen Prinzipalisten jedoch gerade einer Eigenschaft und ihre Auffassung von Akzeptabilität (*maqbuliat*) kommt dem Luhmann'schen Legitimitätsbegriff näher.

²⁹ Christian Funke, *Ästhetik und schiitische Repräsentation im zeitgenössischen Iran*, (Iran Studies; 15), Leiden und Boston, Brill, 2017, 94–102.

³⁰ Funke, *Ästhetik, Politik und schiitische Repräsentation im zeitgenössischen Iran*, 105–106.

³¹ »*Amīr al-Mo'menīn mabnā-ye velāyat rō va mabnā-ye ḥokūmat rō nazār-e mardom va entehāb-e mardom mīdānad. [...] goft barkasī ke šomā-hā berīd ū rō bargozīnīd be 'onvān vali-ye ḥodetūn va be 'onvān-e rabbar-e ḡāme'e manam eṭā'at mīkonam, manam mišnavam va eḡrā mīkonam.*« Saraneh TV: »*Pāsoḅ-e Rowḥanī be Ḥāmene'i: Emām 'Alī mabnā-ye ḥokūmat rā ra'ye mardom qarār dād*«, YouTube, 14. Juni 2017, URL: <https://youtu.be/NBDy36CXaRw>, 0:44 – 1:15.

politischen Einsätzen verbunden. Doch stehen den Gegnern Rohanis wie zu sehen war wirkmächtige außerparlamentarische Mittel zur Verfügung, den Kurs des Präsidenten zu torpedieren. Davon zeugen die (noch) agitatorischen Angriffe auf Rohani während des Qods-Tages, sowie in jüngerer Vergangenheit die Inhaftierung von ausländischen Wissenschaftlern oder Säureattacken auf Frauen, die die relative Machtlosigkeit des Präsidenten in kultur- und bürgerrechtspolitischen Fragen offenbaren. Falls es Rohani gelingen sollte, die von ihm formulierte Bürgerrechtscharta in die Praxis zu überführen,³² wäre dies ein Durchbruch, der schließlich auch die politischen Kosten von Übergriffen der Hesbollahis stark erhöhte.

Raisi und die Nachfolgedebatte

Raisi wurde seit der Bekanntgabe seiner Kandidatur als ein möglicher Nachfolger des Revolutionsführers gehandelt. Es galt als ausgemacht, dass der vor den Wahlen der Öffentlichkeit noch unbekanntere Raisi bei einem Wahlsieg seine Ausgangsposition bei den Wahlen im Expertenrat, der den Revolutionsführer auf Lebenszeit wählt, stark verbessern würde. Chamenei, der seit dem Tod Chomeinis im Jahre 1989 das Amt des Revolutionsführers innehat, ist 78 Jahre alt und seit mehr als einem Jahrzehnt halten sich Gerüchte über eine mögliche schwere Krebserkrankung. Die Spekulationen über eine ernsthafte Erkrankung erhielten nach einer Prostataoperation im Jahre 2014 und Anmerkungen Rafsandschanis, dass sich der Expertenrat mit der Nachfolge befasse, neue Nahrung. Für Raisi sind 38 Prozent der Stimmen – bei einer Wahlbeteiligung von 73 Prozent – ein nicht unbedeutender Achtungserfolg. Dieser Erfolg ist umso bedeutender, wenn man die eingangs kurz dargelegten politischen Flügel und die demographische Struktur Irans übereinanderlegt. Bei einer geringen Wahlbeteiligung ist ein Sieg eines konservativen Kandidaten wahrscheinlicher, da konservative Wähler regelmäßiger wählen. So wichtig diese Überlegung für die gewählten Institutionen ist: Die Machtbasis der Konservativen liegt gerade auch außerhalb der sich durch Wahlen konstituierenden Institutionen. Mit anderen Worten ist es für den aktuellen und künftigen Revolutionsführer irrelevant, ob er von breiten Bevölkerungsschichten gestützt wird, solange er die kritische Masse der systemrelevanten Minderheit hinter sich weiß. Der neue Revolutionsführer muss vor allem gut mit dem »Militärisch-Industriell-Klerikalem Komplex« vernetzt sein, zu dessen Interessenverwalter er in der Zeit Chameneis geworden ist, benötigt administrative Erfahrung und theologische Qualifikation.³³

Raisi hat gezeigt, dass er trotz seiner zweifelhaften Rolle bei den Massenhinrichtungen des Jahres 1988 und seiner vormals großen Unbekanntheit mit einer Mischung aus finanziellen Verlockungen und konservativer Politik große Teile der iranischen Bevölkerung hinter sich sammeln konnte. Dies mag als ein Zeichen gewertet werden, dass der Übergang von einem Revolutionsführer zum nächsten zumindest vor den Kulissen ähnlich reibungslos ablaufen

³² Zahra Alipour, »What is Rouhani seeking to achieve with his Citizens' Rights Charter?«, in: *Al-Monitor*, 28. Dezember 2016, URL: www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/12/iran-president-rouhani-citizens-rights-charter-criticisms.html.

³³ Sanam Wakil und Hossein Rassam, »Iran's Next Supreme Leader: The Islamic Republic After Khamenei«, in: *Foreign Affairs*, Mai/Juni 2017, URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/iran/2017-04-09/iran-s-next-supreme-leader>.

kann wie nach dem Tod Chomeinis im Jahre 1989. Auch wenn Raisi für die Nachfolge Chameneis nicht als gesetzt gelten kann, so hat er doch eine Formel präsentiert, wie es klappen kann.

Außenpolitische Herausforderungen

Neben den eingangs erwähnten Faustregeln, dass iranische Amtsinhaber zu einer zweiten Amtszeit gewählt werden, in der sich seine Beziehung zum Revolutionsführer eintrübt, scheint sich eine dritte Konstante mit der Richtigkeit eines Bauernsprichwortes herauszukristallisieren, die dieses Mal die iranisch-amerikanischen Beziehungen betrifft und die immer ungünstig gewesene Präsidentenpaarung beschreibt: Als Mohammad Chatami (1997–2005) in Iran den Dialog der Zivilisationen ausrief, wurde Iran von George W. Bush (2001–2009) auf die »Achse des Bösen« gesetzt. Als mit Barak Obama (2009–2017) schließlich ein amerikanischer Präsident die Hand in Richtung Iran ausstreckte, drehte Ahmadinedschad (2005–2013) die antiimperialistische und klassenkämpferische Rhetorik hoch, verschärfte die Gangart in der Nuklearpolitik und schlug die Proteste von 2009 gewaltsam nieder. Auch wenn eine tatsächliche amerikanisch-iranische Annäherung wegen der grundsätzlichen Ideologie- und Interessenkonflikte nicht symbolpolitische Gesten erreicht werden kann, kamen diese Dämpfer doch stets den jeweiligen Falken zugute. Dass Rohani und sein Außenminister Dschawad Sarif sowie Obama und sein Außenminister John Kerry das ihnen zur Verfügung stehende Zeitfenster genutzt haben, in dem der Wille und die Möglichkeit zu einer diplomatischen Lösung bestand, bleibt das große Verdienst aller Beteiligten. Mit dem nunmehr in Iran allgemein akzeptierten JCPOA steht ein Instrument zur Verfügung, mit dem sich die Geschichte nicht zwangsläufig wiederholen muss. Doch der neue amerikanische Präsident Donald J. Trump bezeichnete den JCPOA jedoch mehrfach »als schlechtesten Deal aller Zeiten« und versprach, die Vereinbarung entweder neu zu verhandeln oder aufzukündigen - auch wenn die Vereinigten Staaten seit Trumps Wahlsieg zähneknirschend attestierten, dass Iran seinen Teil der Vereinbarung einhält.³⁴ Zugleich machte Trump deutlich, dass er Iran für einen staatlichen Hauptunterstützer von Terrorismus halte,³⁵ selbst noch in dem Moment, als er nach den Teheraner Terroranschlägen vom 7. Juni 2017 kondolierte.³⁶ Das amerikanische Außenministerium verhängte neue Sanktionen gegen Iran, die nicht in Zusammenhang mit dem JCPOA stehen, sondern mit den »böartigen Aktivitäten Irans im Nahen Osten«³⁷ begründet wurden, und stellte die Kontakte auf den höheren und höchsten diplomatischen Kreisen zwischen den Vereinigten Staaten und Iran ein – so dass ein Treffen zwischen Sarif und Rex Tillerson noch aussteht. Die iranische Reaktion auf die amerikanische Rhetorik

³⁴ Peter Baker, »Trump Recertifies Iran Nuclear Deal, but Only Reluctantly«, in: *The New York Times*, 17. Juli 2017, URL: <https://www.nytimes.com/2017/07/17/us/politics/trump-iran-nuclear-deal-recertify.html>. Die nächste Zertifizierung steht am 20. Oktober 2017 an.

³⁵ URL: <https://www.state.gov/j/ct/rls/crt/2016/272232.htm>

³⁶ Trump ließ verlautbaren: »We grieve and pray for the innocent victims of the terrorist attacks in Iran, and for the Iranian people, who are going through such challenging times. We underscore that states that sponsor terrorism risk falling victim to the evil they promote.« Office of the Press Secretary, »Statement by the President on the Terrorist Attacks in Iran«, *The White House*, 7. Juni 2017, URL: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/06/07/statement-president-terrorist-attacks-iran>.

³⁷ Heather Nauert, »U.S. Announces New Iran-related Sanctions«, in: U.S. Department of State, 18. Juli 2017, <https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/07/272635.htm>.

ist zurückhaltend und betont die Einhaltung der Vereinbarung auf iranischer Seite. Keine Seite scheint gewillt, sich den Schuh, das Abkommen zuerst gebrochen zu haben, anziehen zu wollen. Trotz der ausgeprägten antiiranischen Neigungen, die neben Trump vor allem auch CIA-Direktor Mike Pompeo sowie Verteidigungsminister James Mattis repräsentieren, besteht somit zumindest die Möglichkeit, einer angespannten und für Konflikte anfällige Normalisierung. Die Wiederwahl Rohanis wird sich darauf positiv auswirken.³⁸ Zugleich könnten Gegner Rohanis geneigt sein, außenpolitische Provokationen zu verursachen, um Rohani politisch zu schaden und die Vorstellungen eines protektionistischen, außenpolitisch isolationistischen und antiamerikanischen Kurses gegen den Mehrheitswillen der iranischen Wähler durchzusetzen. Die Verurteilung des amerikanischen Promotionsstudenten Xiyue Wang zu zehn Jahren Haft aufgrund von Spionagevorwürfen,³⁹ die einer Geiselnahme gleichkommt, ist ein Beispiel dafür. Damit fällt den europäischen Staaten und insbesondere der Europäischen Union die verantwortungsvolle Rolle zu, als Garanten für die Verpflichtungen des Nuklearabkommens und als ehrliche Makler aufzutreten – sowohl gegenüber den Vereinigten Staaten als auch Iran. Dabei dürfen Menschenrechtsfragen freilich nicht ausgeklammert werden, sollten jedoch nicht als politisches Druckmittel entfremdet und missbraucht werden

Ein weiteres Konfliktfeld zwischen Iran und den Vereinigten Staaten ist der Krieg in Syrien. Trump hatte bereits im Wahlkampf mehrfach deutlich gemacht, dass er einen neuen Kurs im Syrienkonflikt einzuschlagen bereit war, der auf seiner Skepsis gegenüber der Unterstützung bewaffneter Gruppierungen gründet, und nährte damit die Hoffnung, im Gegensatz zu seiner Kontrahentin Hillary Clinton eine nicht-interventionistische Außenpolitik anzupeilen. Seit seinem Amtsantritt sind jedoch widersprüchliche Signale und Akzente gesetzt worden: Nachdem Nikki Haley, ständige Vertreterin der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, am 31. März 2017 noch erklärte, dass ein Sturz des syrischen Präsidenten Baschar al-Asads nicht länger Priorität besitze,⁴⁰ bombardierten amerikanische Streitkräfte am 7. April 2017 den asch-Schairat-Militärflughafen und Haley verlautbarte, dass eine politische Lösung in Syrien mit Asad nicht möglich sei.⁴¹ Auslöser war der vermeintliche Giftgasangriff der syrischen Armee auf den Ort Chan Scheichun, dessen Existenz sowie genauen Rahmenumstände und tatsächlichen Urheber allerdings, wie

³⁸ Nicht zuletzt wird auch der Kurs der Vereinigten Staaten gegenüber Pjöngjang das Eskalationspotential mitbestimmen. So können die 59 Tomahawks (siehe unten) die in Gegenwart des chinesischen Präsidenten Xi fast wie eine Neuauflage der Kanonenbootpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts wirken, auch als Signal an Nordkorea interpretiert werden: Die Botschaft, dass Trump ein Präsident ist, der sich – in seiner Lesart – im Gegensatz zu Obama an seine ›Roten Linien‹ hält, steht hier im Vordergrund. Dass sich die Vereinigten Staaten aber wenn überhaupt gleich auf zwei bewaffnete Konflikte einlassen könnten, scheint unwahrscheinlich. Siehe auch: Tom Phillips, »Trump Told Xi of Syria Strikes Over ›Beautiful Piece of Chocolate Cake‹«, in: *The Guardian*, 12. April 2017, <https://www.theguardian.com/us-news/2017/apr/12/trump-xi-jinping-chocolate-cake-syria-strikes>.

³⁹ Erin Cunningham und Carol Morello, »Iran Sentences Princeton Graduate Student to 10 Years for Espionage, Report Says«, in: *The Washington Post*, 16. Juli 2017, URL: www.washingtonpost.com/world/iran-sentences-princeton-graduate-student-to-10-years-for-espionage-report-says/2017/07/16/664320c4-6a46-11e7-abc-353480672286_story.html

⁴⁰ Aljazeera, »Nikki Haley: Assad's Overthrow No Longer a Priority«, in: *Aljazeera*, 31. März 2017, URL: www.aljazeera.com/news/2017/03/nikki-haley-bashar-al-assad-syria-170331005600046.html.

⁴¹ The Guardian, »No Peace in Syria Until Assad Is Ousted, Says Nikki Haley«, in: *The Guardian*, 9. April 2017, URL: www.theguardian.com/world/2017/apr/09/no-peace-in-syria-until-assad-is-ousted-says-nikki-haley.

bei den vorhergegangenen Giftgasvorfällen in Syrien, umstritten sind.⁴² Trump erklärte, der die Fernsehbilder des Vorfalls hätten ihn stark beeindruckt, und kündigte Gegenmaßnahmen an. Trotz der daraufhin 59 abgefeuerten Tomahawks scheint sich allerdings die zuvor im Wahlkampf angekündigte Linie einer stärkeren Zurückhaltung Amerikas zumindest auf den westlichen Schauplätzen des Syrienkonflikts, die für Assad wichtig sind, zu bestätigen, wie das Ende der verdeckten Bewaffnung von arabischen Rebellen zeigt.⁴³ Damit scheint sich der Schwerpunkt amerikanischer Aktivitäten in Syrien zugleich in Richtung kurdischer Gruppen zu verschieben. Dies ist für Iran sowohl eine schlechte wie auch eine gute Nachricht: So scheint Iran seinen territorialen Zugang zu seiner Verbündeten, der libanesischen Hisbullah, aufrechterhalten und somit weiterhin gegenüber den Vereinigten Staaten und Israel Abschreckungspotential beanspruchen zu können. Zugleich erhöht die Gesamtentwicklung die Chancen, den Krieg in Syrien im Rahmen eines Waffenstillstandes einzufrieren. Auf der anderen Seite wird mit dem Wegfall eines gemeinsamen Feindes in Syrien und im Irak die Konfrontation mit kurdischen Gruppen wohl nicht ausbleiben und birgt ein großes Eskalationspotential: Kurdische Gruppen werden darum bemüht sein, sich auch im Post-IS-Zeitalter amerikanische Unterstützung zu sichern.⁴⁴ Der im Rahmen der ersten Auslandsreise Trumps, die ihn zunächst nach Saudi-Arabien führte und von dort direkt nach Israel, angekündigte 350 Milliarden US-Dollar schwere Waffendeal und der Vorschlag zur Errichtung einer »arabischen NATO«⁴⁵ markieren zugleich einen neuen Stresstest für die Sicherheitsinteressen Irans. Zwar sind Vorhaben wie eine gemeinsame arabische Task Force in der Vergangenheit stets gescheitert, doch würde sich eine »arabische NATO« - auch wenn sie nur aus einem weiter hochgerüsteten Saudi-Arabien besteht - in

⁴² Seymour M. Hersh, »Trump's Red Line«, in: *Welt*, 25. Juni 2017, URL: www.welt.de/politik/ausland/article165905578/Trump-s-Red-Line.html.

⁴³ Josie Ensor und Luna Safwan, »Donald Trump Ends Covert CIA Aid to Syrian Rebels in ›Win‹ for Russia«, in: *The Telegraph*, 20. Juli 2010, URL: <http://www.telegraph.co.uk/news/2017/07/20/donald-trump-ends-us-programme-supporting-syrian-rebels-fighting>.

⁴⁴ Die Episode von Chan Scheichun zeigt zugleich auch die Anfälligkeit des amerikanischen Präsidenten für mediale Stunts, die sich auch die exiliranische Opposition zunutze machen könnte. Prominente Republikaner und Trump-Unterstützer wie John Bolton, Newt Gingrich und Rudolph Giuliani haben sich zu Fürsprechern der iranischen Volksmudschahedin gemacht, die von zahlreichen Stellen als extremistische Organisation eingeordnet werden, dabei jeddoch in keiner Weise eine legitime iranische Opposition repräsentieren. (Siehe: Massoud Khodabandeh, »Debate in the European Parliament ›What is to be done about the Iranian Mojahedin Khalq (MEK)?‹«, in: *The Huffington Post*, 6. Februar 2017, www.huffingtonpost.com/entry/debate-in-the-european-parliament-what-is-to-be-done_us_5931458fe4b062a6acoaceb2) Zum anderen wird Trump nicht entgangen sein, dass die Marschflugkörper – auch wenn sie keine wirkliche militärische Ernte eintrugen – ihm den wohl größten lagerübergreifenden Zuspruch in seiner noch kurzen Präsidentschaft beschert haben. Doch trotz bestimmter Tendenzen zeigen die Entwicklungen vor allem, dass es außer einer antiiranischen Haltung keine kohärente Politik für den Nahen Osten zu geben scheint. Dies bestätigte sich beim Lavieren Trumps in der Qatarkrise: Während Außenminister Rex Tillerson die Konfliktparteien zur Mäßigung aufrief, bezeichnete Trump die Isolierung des außenpolitisch unabhängig agierenden und nicht immer mit saudischen Interessen konvergierenden Staates, dessen Verbindungen nach Iran in Wirklichkeit nicht den Raum einnehmen, der ihnen in der aktuellen Diskussion zugebilligt wird, als ersten Erfolg seiner ersten Auslandsreise: »So good to see the Saudi Arabia visit with the King and 50 countries already paying off. They said they would take a hard line on funding [...] extremism, and all reference was pointing to Qatar. Perhaps this will be the beginning of the end to the horror of terrorism!« @realDonaldTrump, 6. Juni 2017, 15:36, URL: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/872084870620520448>

⁴⁵ Mythili Sampathkumar, »Donald Trump to Announce \$350bn Arms Deal with Saudi Arabia – One of the Largest in History«, in: *Independent*, 17. Mai 2017, URL: www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/trump-saudi-arabia-arms-deal-sale-arab-nato-gulf-states-a7741836.html.

die Pläne der Trump-Administration eines reduzierten amerikanischen Engagements im Nahen Osten einfügen.

Schluss

In den kommenden Jahren werden in Iran wichtige Weichen gestellt:

1.) Die Frage, inwieweit sich das Land wirtschaftlich ausländischen Investitionen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit weiter öffnet und welchen Rang dabei europäische Ländern einnehmen werden, wird sowohl in Iran als auch in Europa diskutiert und letztlich entschieden werden. Dies ist insofern bedeutsam, als es Teile der iranischen Mittelschicht aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Staates entlassen und den nach wie vor anhaltenden Brain-Drain stoppen könnte. Ohne einen für die Mittelklasse und die unteren Schichten spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung wird es Rohani schwerfallen, seine politischen Vorhaben zu realisieren. Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen, die regulär im Jahre 2021 stattfinden werden, könnten somit die Verlockungen der direkten Transferleistungen und die Rhetorik der 96 Prozent im neuen Kleide erneut verfangen, haben sie doch bereits in diesem Jahr – mit nachvollziehbaren und legitimen Anliegen – einen beachtlichen Teil der iranischen Wähler an die Urnen gelockt. So muss die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Iran stärker als bisher auf den Privatsektor setzen und die religiösen Stiftungen explizit ausklammern. Dies hat nicht nur ethische Gründe, sondern liegt auch im Interesse der potentiell mit Iran kooperierenden und nach Transparenz und Rechtsicherheit strebenden Unternehmen.

2.) Die Nachfolge Chameneis wird in den nächsten Jahren geregelt werden müssen. Auch wenn hier aufgrund der internen sich äußeren Einmischungen und Wünschen der Mehrheit entziehenden Dynamiken die Möglichkeit von Vorhersage oder gar Einflussnahme nahezu unmöglich ist, liegt es auch hier im Interesse der europäischen Staaten durch eine möglichst konstruktive und ehrliche Zusammenarbeit ein Klima zu schaffen, das iranischen Kräften zugutekommt, die für mehr Rechtsstaatlichkeit stehen.

3.) Geopolitisch werden in den nächsten Monaten die Karten im Nahen Osten neu gemischt: Die Frage, inwieweit nach dem Zusammenbruch des Islamischen Staates eine neue Sicherheitsarchitektur alle relevanten Akteure einbeziehen und ihre Interessen berücksichtigen kann, wird über die Möglichkeit friedlicher Entwicklungen entscheiden. Iran hat in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, dass es eine stabilisierende Rolle einzunehmen bereit ist (Afghanistan, Irak). Gleichzeitig wird Iran auch vor destabilisierenden Maßnahmen durch Verbündete nicht zurückschrecken, wenn es seine Sicherheit gefährdet sieht (Irak, Israel). Es kommt daher gerade den europäischen Staaten eine wichtige Rolle zu, unter Einbeziehung Chinas, Russlands und Israels, Irans Rolle anzuerkennen, die seiner Position als wichtige Regionalmacht gerecht wird. Dies steht und fällt mit dem JCPOA, das als vertrauensbildendes Rollenmodell mit eingebauten gegenseitigen Überprüfungen fungieren kann oder aber im Falle seines Scheiterns die diplomatischen Beziehungen um Jahrzehnte zurückwerfen würde. Angesichts der politischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten fällt den europäischen Staaten eine besonders wichtige Rolle zu, die sie nicht zuletzt im eigenen Interesse aktiv zu gestalten bestrebt sein müssen. Die Entwicklung der Flüchtlingsströme, der Umgang mit

islamistischem Terror und wirtschaftliche Zusammenarbeit seien als drei Felder genannt, in denen gerade mit Iran ein sinnvoller Dialog geführt werden kann und muss.

4.) Das Verhältnis der zwei Irane zueinander wird die iranische Politik und Gesellschaft weiter dominieren. Rohanis Bürgerrechtscharta und seine Plan für eine Stärkung der Privatwirtschaft in rechtssicheren Räumen sind eng miteinander verknüpft und zugleich ist die Durchführung mit vielen Fragezeichen verbunden. Während die Fortschritte Rohanis bei der Stärkung der Rechte von ethnischen Minderheiten mit von Gliedern des ›Militärisch-Industriell-Klerikalen Komplexes‹ geteilten Sicherheitsinteressen begründet werden können, stellt eine Stärkung von Privatwirtschaft und Bürgerrechten einen direkten Angriff auf den tiefen Staat dar. War es schon die Krux von Reformvorhaben der Chatami-Ära, dass das gewünschte Resultat und seine Vorbedingung miteinander identisch waren, stellt sich wieder die Frage nach Henne und Ei. Verkompliziert wird dies durch die fortschreitende Entpolitisierung der Bevölkerung, die auf negativen Erfahrungen und neuen Kompensationsstrategien beruht. Auch wenn einige Anhänger Rohanis etwa bei Wahlkampfveranstaltungen immer wieder in »Musawi«-Sprechchöre einstimmten, spielte das Schicksal der seit 2011 unter Hausarrest stehenden Gallionsfigur der ›Grünen Bewegung‹ keine bedeutende Rolle mehr. Es steht zu erwarten, dass diese Normalisierung in letzter Konsequenz wieder der konservativen Minderheit in die Hände spielen wird.

Zum Autor

Dr. Christian Funke ist Religions- und Islamwissenschaftler. Er studierte in Ankara, Bayreuth, Heidelberg, Kairo und Teheran und lehrte in Frankfurt, Hannover, Heidelberg und Qom. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in Vertretung an der Universität Bayreuth. 2016 wurde er mit einer Arbeit zur Grünen Bewegung in Iran promoviert, die 2017 als *Ästhetik, Politik und schiitische Repräsentation im zeitgenössischen Iran* erschien (www.brill.com/is). Seine Forschungsschwerpunkte sind der schiitische Islam, Iran in der Moderne und Religionsästhetik. Für weitere Publikationen zu Iran siehe: <https://uni-bayreuth.academia.edu/ChristianFunke>. Kontakt: christian.funke@uni-bayreuth.de